

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wochentlich nachmittags um 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Bestellungen 1,50 RM. Inland. Bezugspreis. Einzelnummer 10 Pf. Alle Anzeigen, Werbungen, unsere Anzeigen u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit die Rate höherer Klassen oder nach Vereinbarung. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 243 — 94. Jahrgang Traßianschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 17. Oktober 1935

Rund um die Sanktionen.

Die Fische, mit der man in Genf an die Sanktionsfrage herangegangen ist, scheint etwas gedämpft. Es ist nicht alles so klar und einfach, wie es nach außen hin erscheinen mag. Es ist auch nicht so, daß die 32 Staaten, die sich grundsätzlich für Sanktionen gegen Italien ausgesprochen haben, so ohne weiteres bereit wären, mitzumachen. Es klingt zwar sehr gut, wenn man nach außen hin erklärt: „Seht, die ganze Welt ist einig in der Frage der Sanktionen, und Italien hat die ganze Welt, soweit sie im Völkerbund eingekerkert ist, gegen sich.“ Aber es ist in Genf genau so wie im menschlichen Leben überhaupt. Der heilige Egoismus ist oft stärker, und so mancher Staat, dessen Vertreter in Genf zur Sanktionsfrage mit dem Brustum der Überzeugung Ja gesagt hat, denkt im Innern etwas anders darüber. Italien ist ja schließlich ein Großstaat, dessen wirtschaftliche Beziehungen über die ganze Welt gehen. Und es trifft ja nicht nur Italien, wenn man Sanktionen beschließt. Es trifft auch die Staaten, die nun, wie man in Genf will, nichts mehr an Italien liefern sollen. Diese Seite der Sanktionsfrage berührt doch sehr ernsthaft die eigenen Interessen so mancher Staaten.

So ist also die Sanktionsfrage mehr als eine bloße Maßnahme gegen Italien. Sie ist vielmehr wieder einmal eine Probe aufs Exempel. Gewiß, die Engländer führen bisher noch in der Sanktionsfrage, aber sie glauben scheinbar auch nicht mehr ernsthaft daran, daß es ihnen gelingen wird, alle Völkerbundsstaaten unter einen Hut zu bringen. So würde es nicht nur für England, sondern auch für den Völkerbund peinlich werden, wenn sie eingeschoben müßten, daß das Sanktionsrecht, das man über Italien zu legen gedenkt, einige Löcher hat. Kommt hinzu, daß Frankreich die ganze Sanktionsgeschichte mit geistlichen Geföhlen mitmacht. Frankreich will sich nicht leisten, England zu verstimmen, es will sich aber auch Italien nicht zum ewigen Feinde machen. Es steht so zwischen Baum und Vorle.

Kein Wunder daher, wenn Frankreichs Ministerpräsident und Außenminister Laval jede Möglichkeit ergreift, um im Abessinienkonflikt zu vermitteln. Laval hat mit dem englischen Botschafter Clerk und dem italienischen Botschafter Cerutti in Paris eine Aussprache gehabt in der sicherlich alle Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Streites erörtert worden sind. Vielleicht wäre allen Beteiligten in Genf heute sehr wohl, wenn Laval's Vermittlungsgebot von Erfolg gekrönt wäre. Dann würde der Völkerbund zum mindesten mancher Schwierigkeit entgehen sein, und er könnte vielleicht nachher sogar noch für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, daß er die friedliche Beilegung des Abessinienkonflikts zustande gebracht hätte.

Zwar hat Mussolini bereits mehrfach Vorschläge zur Beilegung des Abessinienstreites abgelehnt, aber Laval scheint die Hoffnung zu haben, daß die Befehung einiger Gebiete in Abessinien den Duce vielleicht heute doch etwas verständlicher stimmen. Man spricht bereits davon, daß Laval die Laifache der Befehung der Provinz Tigra sehr in den Vordergrund gerückt hat, und auch die Befehung von Teilen der Provinz Ogaden im Süden nicht zu übersehen gedenkt. Es hat fast den Anschein, als wollte man bei den Vermittlungsvorschlägen diese beiden Laifachen anerkennen, um auf dieser Basis mit Mussolini zu einer Einigung zu gelangen. Dabei müßte allerdings der Duce wohl die Selbständigkeit Abessiniens anerkennen, was er im September nicht hat zugeben wollen. Abessinien würde man vielleicht durch einen Hafen am Roten Meer entschädigen und ihm einen Korridor durch Somaliland schaffen.

Wie immer, werden also in Genf wieder die Fäden hinter den Kulissen gezogen. Frankreich, dem wohl schon etwas lange vor dem eigenen Mut in der Sanktionsfrage ist, wäre heute vielleicht froh, wenn Mussolini nicht mehr so ablehnend wäre wie im September. Und mit Frankreich würde auch sicher eine ganze Reihe von Staaten sich glücklich schätzen, wenn die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien nicht in Kraft träten. Für England würde man sicher geschäftlich eine Brücke bauen, um zu verhindern, daß es etwa hieß, England habe sich nicht im Völkerbund durchsetzen können. Es wird sich schon machen lassen, daß die englische Regierung, die ja die Sanktionsfrage heute sehr unter innerpolitischen Gesichtspunkten betrachtet, unbeschadet aus dieser Altemne herauskäme. Den englischen Konservativen, die die Regierung bilden, würde man sagen können: Ihr seht, daß wir in dem Augenblick, wo das britische Imperium in Gefahr kommt, alles tun, um diese Gefahr abzuwenden, und der Opposition gegen die Regierung würde man sagen: Ihr seht, wir sind im Interesse des Weltfriedens und des Völkerbundes mit aller Schärfe vorgegangen, und es ist uns gelungen, die Brandfackel zu löschen.

So wäre schließlich in Genf allen wohl am besten damit gedient, wenn der Abessinienstreit auf irgendeine Weise friedlich beigelegt werden könnte, und die in den Satzungen des Völkerbundes vorgesehenen Strafmaßnahmen nicht in Kraft zu treten bräuchten.

Sanktionsfrage vor dem englischen Kabinett

England hält zum Völkerbund — Der Vermittlungsversuch Laval's unerwünscht und aussichtslos?

Das englische Kabinett hat in einer Sitzung am Mittwoch einen Bericht Edens entgegengenommen und über die Frage der Sanktionen beraten. Auch in der englischen Öffentlichkeit befaßt man sich lebhaft mit den Sanktionen und vor allem mit den sogenannten Pariser Vermittlungsvorschlägen.

In der „Morning Post“ wird die Haltung der englischen Regierung dahin umrissen, die allgemeine Haltung der Regierung sei, daß die Lösung des Sanktionsproblems dem Völkerbund zugetragen müsse. Sie sei entschieden gegen einen Friedensschritt, der darauf abzielt, Italiens Erfolge in Abessinien zu legalisieren. Die Gründe für diese Haltung seien dreifacher Art:

1. Das Experiment der Sanktionsmaßnahmen müsse, wenn es lehrreich sein solle, bis zum Abschluß durchgeführt werden.
2. Je entschlossener der Völkerbund sich im gegenwärtigen Falle zeige, desto größer werde die abschreckende Wirkung auf künftige Angreifer sein.
3. Das Ansehen des Völkerbundes würde schweren Schaden erleiden, wenn es ihm nicht gelänge, seinen Willen auch nur zum Teil durchzusetzen.

Die englische Presse berichtet ferner, daß der britische Botschafter Laval erklärt hat, nach seiner Ansicht werde die britische Regierung keine Einigungsgrundlage billigen, die nicht in erster Linie die Zurücknahme der italienischen Truppen von abessinischen Gebiet vorsehe. Die Genfer Staatsmänner seien der Ansicht, daß

der Völkerbund nichts zur Förderung einer Verein-

barung tun könne, die eine Aufteilung Abessiniens zur Grundlage habe.

Es stehe außer Zweifel, so schreibt von den französischen Zeitungen das „Echo de Paris“, daß die Haltung der französischen Regierung in keiner Weise den englischen Erwartungen entspreche, und es wäre falsch, wollte man sich die Laifache verheimlichen, daß die französisch-englischen Gegensätze von heute sich in sehr ernster Form in der Zukunft auswirken könnten. Der gleichen Ansicht ist auch das „Deubre“, das von einer sehr gespannten Atmosphäre in Genf spricht. In der „Victoire“ wendet sich Herbe an die französische Öffentlichkeit und fordert sie auf, den Nachfolger England nicht zu unterschätzen.

Rom sehr zurückhaltend.

Gegenüber den viel erörterten Gerüchten über diplomatische Bemühungen Laval's im Sinne einer Überbrückung des Gegensatzes zwischen Rom und London wird in italienischen zuständigen Kreisen sehr große Zurückhaltung geübt. Im gegenwärtigen Augenblick müsse man die Aussichten auf einen Erfolg anlässlich der Laifache sehr gering einschätzen, daß England sich auf das entschiedenste jedem Vermittlungsverfahren außerhalb des Völkerbundes entgegenstelle. Italien habe die Bemühungen Laval's zu vermindern, stets zu würdigen gewußt und werde daher auch, falls irgendwelche Vorschläge gemacht werden, sie aufmerksam prüfen. Vorkäufig könne jedoch keine Rede davon sein, daß bereits irgendwie greifbare Pläne näher erörtert worden seien.

England fordert völlige Handelsperre gegen Italien.

Die Ausschüsse der Sanktionskonferenz verhandeln am Mittwoch in Genf wieder über die wirtschaftlichen Sanktionen, und zwar der Ausschuß über die Sperre der Einfuhr aus Italien und der Ausschuß über die Entschädigungen und die gegenseitige Unterstützung.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht den Wortlaut des von der englischen Regierung schriftlich vorgelegten Vorschlages über das

Verbot der gesamten Einfuhr italienischer Waren in die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes.

Der Vorschlag lautet u. a.: „Die Regierungen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes werden die Einfuhr aller Güter in ihr Staatsgebiet (mit Ausnahme von Gold- und Silberbarren sowie Geldstücken) untersagen, wenn diese Güter aus Italien oder einer der italienischen Besitzungen kommen, vom italienischen Ackerbau oder der italienischen Industrie stammen oder entsprechend aus den italienischen Besitzungen, ganz gleich, von welchem Ort die Waren abgeschickt werden. Die Ackerbaugüter und die in Italien hergestellten Waren oder auch die Waren und Ackerbaugüter aus den italienischen Besitzungen, die einer Verarbeitung in einem anderen Land unterworfen sind, sowie Waren, die zum Teil in Italien oder den italienischen Besitzungen hergestellt sind und zum Teil in einem anderen Lande, fallen gleichfalls unter das Verbot. Die Güter, welche augenblicklich Gegenstand einer laufenden Verpflichtung sind, sollen von dem Verbot nicht ausgenommen sein. Die Güter, die sich bereits auf Fracht befinden, sind, wenn das Verbot nicht durchführbar ist, ausgenommen.“

Der Entwurf Edens hat die Zustimmung der skandinavischen Staaten sowie Hollands, Belgiens, Rumäniens und Sowjetrußlands gefunden. Ein aktiver Widerstand trat auf keiner Seite in Erscheinung, doch machten einige Länder, darunter Spanien und die Schweiz, gewisse Vorbehalte. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da zunächst der Ausschuß für gegenseitige Unterstützung befragt, d. h. die Frage der Entschädigungen geklärt werden soll.

Außer den Verhandlungen über die gegenseitige Unterstützung wurde für Mittwochnachmittag eine Sitzung des Großen Ausschusses angesetzt. Außerdem hat der juristische Ausschuß der Sanktionskonferenz sich mit der völkerrechtlichen Frage befaßt, inwieweit die Erklärungen Österreichs und Ungarns mit der Völkerbundsatzung übereinstimmen und inwieweit die Parlamente bei der Durchführung der Sanktionen in demokratisch regierten Staaten wirklich herangezogen werden müssen.

In Kreisen der englischen Abordnung in Genf behauptete man am Mittwochnachmittag, nachdem am Vormittag verschiedentlich die Abordnungen untereinander Fühlung genommen hatten, daß man mit einer Annahme der in Paris gemachten Vorschläge durch London nicht rechne. Je stärker übrigens der Widerstand der englischen Regierung werde, um so mehr werde, so wird aus Genf berichtet, in Genf von Kreisen, die hinter Laval stehen, behauptet, daß es sich nicht um einen französischen, sondern um einen französisch-italienischen Vorschlag handele, weil man die Verantwortung möglichst von Laval wieder fortnehmen möchte.

Beschlüsse der Vollziehung.

In dem Großen Ausschuh und der Vollziehung der Sanktionskonferenz hat man nacheinander die Vorschläge des juristischen Ausschusses und die Vorschläge des militärischen Ausschusses angenommen. In der Entscheidung des Juristenausschusses steht eigentlich nur der eine wichtige Satz, daß nach Auffassung dieses Ausschusses

alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes die Pflicht haben, die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung ihrer Verpflichtung nach Artikel 16 der Völkerbundsatzung „mit der größten Schnelligkeit“ zu treffen.

Man hat dann weiter sowohl in dem Großen Ausschuh wie in der Vollversammlung zu der Liste für das Waffenausfuhrverbot noch einige Materialien für den chemischen Krieg und den Gaskrieg hinzugenommen, hat aber gleichzeitig festgestellt, daß überhaupt der chemische Krieg und der Gaskrieg durch internationale Vereinbarungen verboten sind. Mit Recht wies der schweizerische Delegierte Rotta in der Vollversammlung darauf hin, daß man unter diesen Umständen auch Abessinien an das Verbot erinnern müsse und zum mindesten Abessinien nicht etwa der Gaskrieg gestattet sei.

Zu Beginn der Sitzung machte der Vertreter Venetias einen allgemeinen Vorbehalt hinsichtlich der Beteiligung seines Landes an Sanktionsmaßnahmen unter Berufung auf seine schlechte wirtschaftliche Lage. Er erklärte, es solle mit anderen als Gewaltmitteln eine Lösung des Streitfalls angestrebt werden.

In der Erörterung über die gegenseitige Unterstützung und die Entschädigungsfrage ist man im Laufe des heutigen Tages überhaupt nicht weitergekommen.

Laval's Vermittlungsvorschläge.

In London liegen nunmehr genauere Mitteilungen über den Inhalt der Vermittlungsvorschläge Laval's zwischen Italien und England bzw. dem Völkerbund vor.